

Kontinuität trotz Wandel

CHRISTINE ZEUNER

1919, 1933, 1945, 1989 – diese Jahreszahlen signalisieren Brüche und Umbrüche in der politischen Entwicklung Deutschlands. Wie stark wurde die Erwachsenenbildung von diesen Umbrüchen beeinflusst? Ist die Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland eine von Kontinuität oder von Wandel?

Den politischen Umbrüchen der Jahre 1919, 1933, 1945 und 1989 folgten jeweils unterschiedlich lang andauernde Phasen ausgeprägter politischer und ökonomischer Veränderungen, Einschnitte und Neuorientierungen. Sie waren teilweise dramatisch hinsichtlich der Gestaltung des politischen Systems und verlangten von der Gesellschaft immer wieder Anpassung oder eine kritische Auseinandersetzung mit den neuen Anforderungen und Erwartungen – v.a. bezogen auf politische Einstellungen und politisches Handeln.

Jeweils eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Bildungswesen. In der Regel hat es die Aufgabe, einen bestehenden Staat – im positiven wie im negativen Sinn – zu stützen. Während der Staat beim Schul-, Hochschul- und Berufsbildungswesen über rechtliche Regelungen sowohl inhaltlich als auch personell unmittelbaren Einfluss auf die Ausgestaltung nehmen kann, traf und trifft dies für die Erwachsenenbildung nur bedingt zu. Im historischen Vergleich zeigen sich unterschiedliche Formen der Einflussnahme. Sie reichen von einer fast vollkommenen Nicht-Regelung bis hin zur rechtlichen Einbettung der Erwachsenenbildung in das Bildungssystem.

Unabhängig von der rechtlichen Verankerung ist aus historischer Perspektive festzustellen, dass die Erwachsenenbildung entweder aus eigenem Antrieb oder aufgrund staatlicher Weisungen auf politische Wenden reagierte, indem sie sich an Erwartungen anpasste, teilweise politische Veränderungen unterstützte oder aber auch bestimmten Ansinnen und

Einflüssen entschiedenen Widerstand entgegengesetzte. Trotz nachweisbarer Heterogenität der Entwicklungen ist in der historischen Betrachtungsweise das Ziel, Menschen mittels Erwachsenenbildung durch Bildung zu Aufklärung und Mündigkeit zu verhelfen und damit die demokratische Gestaltung der Gesellschaft zu unterstützen, universal (Filla, 2013, S. 6–7).¹

Im Folgenden werden, entlang der politischen Geschehnisse, wichtige Entwicklungen der Erwachsenenbildung skizziert, um zu zeigen, auf welche Weise diese mit Wenden umgegangen ist, die mehr oder weniger von außen induziert wurden.² Zu erkennen sind Handlungsweisen zwischen Bewegung und Gegenbewegung, Anpassung und Widerstand, Reaktion und Antizipation, Aufklärung und Indoktrination, Tradition und Neuanfang.³ Dabei wird sich zeigen, dass es trotz der Umbrüche und Veränderungen viele Kontinuitäten in der Erwachsenenbildung gegeben hat: Kontinuität trotz Wandel.

¹ Ausnahmen bilden die Zeit des Nationalsozialismus und ihre stark auf Funktionalität ausgerichtete Rolle in der Zeit der DDR (Opelt, 2009, S.4).

² Nicht berücksichtigt werden (können) Wenden, die die Erwachsenenbildung aufgrund fachbezogener (interner) Diskurse vollzogen hat.

³ Zur besseren Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, die Darstellungen im Einzelnen zu belegen. Die wichtigste verwendete Literatur ist in der nachfolgenden Liste aufgeführt. Dabei handelt es sich um ausführliche Überblicksdarstellungen (Wolgast, 1996; Olbrich, 2001; Filla, 2013) und um die Darstellung der NS-Zeit (Schmidt, 2012). Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg differenziert zwischen Entwicklungen in der Bundesrepublik (Zeuner, 2015a, 2015b) und der DDR (Opelt, 2009). Die Texte enthalten vielfältige, weiterführende Literaturhinweise.

Erwachsenenbildung in der Zeit der Weimarer Republik, 1918–1933

Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann in Berlin die Republik aus und verkündete damit das Ende der Monarchie. Am 14. August 1919 trat die von der Nationalversammlung am 31. Juli verabschiedete Verfassung in Kraft, Deutschland wurde eine parlamentarische Demokratie. Die Demokratie zog vielfältige politische und gesellschaftliche Veränderungen nach sich, auf die die Bevölkerung vorbereitet werden musste. Dem Bildungswesen kam dabei die Aufgabe zu, diese Entwicklungen zu unterstützen – eine Zielsetzung, die in Artikel 148 der Weimarer Reichsverfassung inhaltlich konkretisiert wurde: »In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.« Dass der Volksbildung in diesem Zusammenhang eine eigene Rolle zugedacht wurde, zeigt der letzte Absatz des Artikels: »Das Volkswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.«

Die Volksbildung sollte also die nationale und kulturelle Wiedergeburt des jungen demokratischen Staates fördern und stützen, sie wurde zum Integrationsfaktor in einer gespaltenen Nation. Unterstützt werden sollte die Entfaltung einer neuen Kultur durch die Bildung der Bevölkerung, und die Aneignung von Wissen für die Bewältigung neuer politischer und gesellschaftlicher Aufgaben wurde als unerlässlich angesehen.

Die Heterogenität der Gesellschaft, die von tiefen Klassen-gegensätzen geprägt war, spiegelte sich in der Volksbildung. Sie erhielt zwar Verfassungsrang und sollte gefördert werden, trotzdem wurde ihre strukturelle und organisatorische Gestaltung nur in geringem Maße beeinflusst. Wie im ausgehenden 19. Jahrhundert ist zu unterscheiden zwischen bürgerlicher Volksbildung und Arbeiterbildung, die sich jeweils weiter differenzierten. So finden sich in der bürgerlichen Volksbildung verschiedene Richtungen, deren Ziele von der Aufklärung und der Entwicklung demokratischen Bewusstseins bis hin zu nationalistischen, antidemokratischen und völkischen Haltungen reichen. Auch die Arbeiterbildung weist viele Facetten auf: politische Bildung zur Erreichung politischer Zielsetzungen, zweckgebundene Funktionärsschulungen der Gewerkschaften und berufsbezogene Angebote, um die Arbeitsmarktchancen der Arbeiterschaft zu erhöhen.

Eine tiefergehende Analyse der Entwicklung der Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik würde inhaltliche und programmatische Kontinuität seit dem Kaiserreich aufzeigen. Aber auch wegweisende neue Entwicklungen sind zu erkennen, bezogen auf die Zielsetzungen der Erwachsenenbildung, ihre didaktisch-methodischen Ansätze, die beginnende Professionalisierung und Akademisierung der Lehrenden. Spätestens seit Mitte der 1920er Jahre, als sich die wirtschaft-

lichen Bedingungen veränderten, wurde auch der beruflichen Fort- und Weiterbildung ein größerer Stellenwert zugesprochen, was zu kontroversen Diskussionen um die Zielsetzungen der Erwachsenenbildung führte.

Erwachsenenbildung in der Zeit des Nationalsozialismus, 1933–1945

Die politischen Veränderungen am Ende der Weimarer Republik, die 1933 zur Machtübernahme der Nationalsozialisten führten, beeinflussten die Erwachsenenbildung bereits ab Ende der 1920er Jahre nachhaltig. Während zahlreiche Einrichtungen versuchten, ihre sozialistisch oder liberal geprägten Zielsetzungen aufrecht zu erhalten, gab es durchaus solche, die sich bereits Anfang der 1930er Jahre den nationalistisch-völkischen oder monarchistischen Erwartungen der immer stärker werdenden Rechten anließen. Im Nachhinein wird daher diskutiert, inwiefern die Erwachsenenbildung durch (Über-)Anpassung bereits die Kräfte unterstützte, die 1933 die Macht ergriffen (Schmidt, 2012, S. 20ff.).

Auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten reagierten die Akteure der Erwachsenenbildung in unterschiedlicher Weise: Es gab Einrichtungen, v.a. Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen, die ihre Selbstaflösung beschlossen und deren Protagonisten entweder sofort ins Exil gingen oder sich ins Privatleben zurückzogen. Einige wenige versuchten zunächst noch, sich mit dem neuen Regime zu arrangieren. Wieder andere Einrichtungen wurden unmittelbar nach der Machtübernahme von den Nationalsozialisten geschlossen und ihr Leitungspersonal verhaftet. Teilweise wurde die Arbeit unter neuer Leitung wieder aufgenommen und die Angebote an die Ideologie der neuen Machthaber angepasst. Einrichtungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wurden in ihren bisherigen Formen aufgelöst, auch weil ihre Trägerorganisationen selbst verboten wurden. Religiös geprägte Einrichtungen bestanden häufig noch länger, wurden dann aber im Laufe der späten 1930er Jahre ebenfalls geschlossen.

An die Stelle einer weitgehend unabhängigen Erwachsenenbildung setzten die Nationalsozialisten die »Gleichschaltung« des Bildungswesens, einschließlich der Volksbildung mit dem Ziel der Verbreitung nationalsozialistischer Weltanschauung und der Schaffung eines »neuen Menschen« (Haring, 2016, S. 11). Der Bruch zur Erwachsenenbildungstradition der Weimarer Republik wurde bewusst vollzogen, auch um politisch anders Denkende zu diffamieren und die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Das Bildungssystem und damit auch die Volksbildung wurden ab 1934 in das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eingegliedert. Die Volksbildung wurde über das neu geschaffene Deutsche Volksbildungswerk organisatorisch und strukturell

verankert, zusätzlich waren sehr viele unterschiedliche staatliche Stellen ebenfalls für die Volksbildung zuständig.

Die nun staatlich kontrollierte Volksbildung wurde jeweils in den Dienst besonderer staatlicher Bedürfnisse gestellt. Während in den ersten Jahren die politische und weltanschauliche Umerziehung im Vordergrund stand, sah sich der Staat gegen Ende der 1930er Jahre gezwungen, die Schwerpunkte zu verlagern: Die wirtschaftliche Situation und die Kriegsvorbereitungen erforderten die systematische Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung von Arbeitskräften, auch von Frauen. Gleichzeitig veränderte die drohende Kriegsgefahr das gesellschaftliche Klima, so dass man es als notwendig ansah, die Bevölkerung mit kulturellen Freizeitveranstaltungen von den herannahenden Gefahren abzulenken.

Erwachsenenbildung als Re-Education, 1945–1949

Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs übernahmen es die Siegermächte, das Bildungswesen wieder aufzubauen. Schulen und Hochschulen öffneten kurz nach Kriegsende. Um eine möglichst schnelle und weitgehende Demokratisierung durchzusetzen, stärkten die Briten und Amerikaner die Erwachsenenbildung. Ihrer Auffassung nach war deren liberale Ausrichtung, wie sie in der Weimarer Republik gepflegt wurde, besonders geeignet, die demokratische Umerziehung der jungen Erwachsenen und Erwachsenen zu unterstützen. Aus diesem Grund wurden zahlreiche, v.a. großstädtische Volkshochschulen entweder unter neuer Leitung fortgeführt oder wieder eröffnet.

Teilweise engagierten sich Remigranten für die Neugründungen der Volkshochschulen, deren Konzepte häufig auf ihren früheren Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik, aber auch der Migration aufbauten. Sobald Gewerkschaften wieder erlaubt wurden, begründeten diese ihre eigene Bildungsarbeit, die sich ebenfalls an Erfahrungen vor der Zeit des Nationalsozialismus orientierte. Auch die Kirchen widmeten sich der Erwachsenenbildung. Mit der Gründung von kirchlichen Akademien betraten sie organisatorisch und institutionell Neuland. In der sowjetischen Besatzungszone spielte der Wiederaufbau des Bildungswesens ebenfalls eine bedeutende Rolle. Anders als in den Westzonen, in denen man nach längerer Auseinandersetzung das dreigliedrige Schulsystem der Weimarer Zeit weiterführte, wurde ein Einheitschulsystem etabliert. Es sollte den Aufbau der sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft unterstützen (Opelt, 2009, S. 8).

Die Entwicklungen in der Erwachsenenbildung sowohl in den westlichen Besatzungszonen als auch in der SBZ unterstreichen die These von Kontinuität und Wandel: Nicht nur im Westen, auch in der SBZ knüpften die Volkshochschulen zunächst an Traditionen der Weimarer Republik an. Gleichzeitig wurden

aber neue Strukturen geschaffen und inhaltlich andere Schwerpunkte gesetzt, die den veränderten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen Rechnung trugen.

Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 1949–1989

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland konnte die Erwachsenenbildung ein plurales und freies System aufbauen. Es entstanden Einrichtungen und zum Teil Dachverbände für die allgemeine, politische, kulturelle, konfessionelle und berufliche Erwachsenenbildung. Die Erwachsenenbildung erhielt, anders als die übrigen Bildungsbereiche, keine oder kaum öffentliche Unterstützung – mit Ausnahme der Volkshochschulen, die teilweise städtisch oder kommunal gefördert wurden. Im Gegensatz zu den anderen Bildungsbereichen wurde die Erwachsenenbildung zunächst nicht gesetzlich geregelt, erst in den 1970er Jahren erließen einige Bundesländer Weiterbildungsgesetze, die v.a. die Fördermöglichkeiten regelten.

Kennzeichen der Entwicklung der Praxis der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik ist eine Orientierung an gesellschaftlichen und ökonomischen Erfordernissen: Die Wandlung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wurde begleitet vom Ausbau berufsbezogener Erwachsenenbildung. Dieser Bereich entwickelte sich stetig, obwohl Vertreter der allgemeinen Erwachsenenbildung, v.a. im Umkreis der Volkshochschulen, z.T. kontroverse Debatten über den eigentlichen Sinn der Erwachsenenbildung führten und bis in die 1960er Jahre berufsbezogene Zweckbildung aus der Perspektive von Bildung als Aufklärung ablehnten und ihre Zielsetzungen v.a. politisch und gesellschaftlich verorteten (dies zeigt bspw. das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen von 1960).

Ein Wandel des Selbstverständnisses offenbarte sich jedoch, als der Deutsche Bildungsrat (1965–1975) Anfang der 1970er Jahre in einem Strukturgutachten die »Weiterbildung« zur »vierten Säule« des Bildungssystems in einem modernen Staat erklärte (Deutscher Bildungsrat, 1970). Damit wurde ein eher funktionalistischer Begriff etabliert, der Weiterbildung als Instrument qualifikatorischer Anpassung an ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen charakterisiert. Begleitet wurden diese Entwicklungen von der Professionalisierung des Personals und der Etablierung einer eigenständigen Erwachsenenbildungswissenschaft an den Universitäten. Die in den 1970er Jahren aufkommenden internationalen Diskussionen um das Lebenslange Lernen auf der einen und eine stärkere Indienstnahme der Erwachsenenbildung bezogen auf die berufliche Weiterqualifizierung für den sich verändernden Arbeitsmarkt auf der anderen Seite (Stichwort »Schlüsselqualifikationen«) beeinflussten in

der Folge ihr Selbstverständnis ebenfalls erheblich. Der Wandel zeigte sich in vielfältiger Hinsicht: Strukturell und rechtlich wurde die Weiterbildung auf Länderebene besser verankert und teilweise finanziell gefördert. Zudem entwickelte sich ein beruflicher, profitorientierter Weiterbildungsmarkt.

»»Weiterbildung« als »vierte Säule« des Bildungssystems«

Während sich die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik eher unsystematisch entsprechend den Interessen von Trägern und Anbietern unter Berücksichtigung der Bedürfnisse verschiedener Adressaten und Zielgruppen entwickelte, wurde sie in der DDR ab 1949 gesetzlich geregelt und damit als Volksbildung Teil des Bildungssystems. Sie hatte in den 40 Jahren der DDR eine wechselvolle Geschichte. Der Staat regulierte und reglementierte ihre Ziele und Aufgaben entsprechend seinen politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen, bezogen auf die politische, allgemeine und kulturelle Bildung sowie auf die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Unterschieden werden in der Regel zeitlich abgrenzbare Phasen, in denen differenzierte inhaltliche Schwerpunkte und Zielsetzungen verfolgt wurden. In der Zeit der sowjetischen Besatzung bis zur Gründung der DDR stand die Umerziehung zum neuen, »sozialistischen Menschen« im Vordergrund. Die sozialistische Gesellschaft, basierend auf der marxistisch-leninistischen Theorie, sollte egalitär werden und v.a. die bis dahin unterdrückten Klassen durch Bildung unterstützen. Es entstand ein differenziertes Erwachsenenbildungssystem: Gegründet wurden Volkshochschulen, Arbeiter- und Bauernfakultäten, der Kulturbund, die Urania, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Einrichtungen der betrieblichen Weiterbildung, zunächst auch kirchliche Akademien.

Die Volkshochschulen der DDR waren wie im Westen eine zentrale Einrichtung der Erwachsenenbildung, wurden aber staatlich gesteuert. Der Staat legte je nach Bedarf den Bildungsauftrag fest, was dazu führte, dass die Volkshochschulen in ihrer 40-jährigen DDR-Geschichte mit wechselnden Aufgaben betraut wurden. In der Anfangszeit versuchten sie, entsprechend der Weimarer Tradition, Einrichtungen der allgemeinen, kulturellen und politischen Bildung zu werden. Der Aufbau eines unabhängigen Arbeitsmarktes stellte eine große Herausforderung für den Staat dar, da das Qualifikationsniveau der Bevölkerung den Anforderungen zunächst nicht entsprach. Aus ökonomischen Gründen forcierte die Staatsführung daher ab Mitte der 1950er Jahre die berufliche Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung auf allen Ebenen. Den Volkshochschulen kam über ein Jahrzehnt v.a. die Aufgabe zu, Men-

schen auf dem 2. Bildungsweg zu fördern und auf weiterführende Schulabschlüsse vorzubereiten. Gleichzeitig wurden neben technischen Betriebsschulen und weiterführenden Betriebsakademien in den Betrieben Betriebsvolkshochschulen aufgebaut, um das Qualifikationsniveau der Arbeiterschaft den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen.

Erwachsenenbildung nach 1989

Nach 1989 ereigneten sich die den politischen Umbrüchen folgenden Anpassungsprozesse v.a. in den neuen Bundesländern (Nuissl, Siebert, Weinberg & Tietgens, 1992). Mit der Wiedervereinigung entfielen die bis dahin in der DDR gültigen rechtlichen Regelungen für die Volksbildung. Als Erwachsenenbildung wurde sie in einigen neuen Bundesländern in den Ländergesetzen berücksichtigt, Vorbilder waren jeweils Landesgesetze der alten Bundesländer. Die Volkshochschulen wurden vom DVV und den Landesverbänden der Volkshochschulen unterstützt, sich entsprechend den veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen neu zu strukturieren.

Die Ökonomisierung der Weiterbildung bekam in den neuen Bundesländern eine neue Dimension, indem private westdeutsche Weiterbildungskonzerne dorthin expandierten. Diese Entwicklung lässt sich mit dem weitgehenden Zusammenbruch des Arbeitsmarkts im Osten erklären. Die nachfolgenden Umstrukturierungen erforderten Umschulungen und Fortbildungen. Teilweise wurden für abgewinkelte Staatsbetriebe Auffanggesellschaften gegründet, um den Menschen überhaupt berufliche Perspektiven zu bieten, und hier spielten Bildungsangebote ebenfalls eine Rolle.

Die unterschiedlichen Strategien von Erwachsenenbildungseinrichtungen, mit der politischen Wende umzugehen, wurde von den ostdeutschen Akteuren nicht leichtfertig entschieden, sondern häufig kritisch diskutiert. Vor allem Vertreter der Volkshochschulen sahen die Chance, wieder an frühere Ideale einer freien Erwachsenenbildung anknüpfen zu können oder auch Ziele ihrer Arbeit offenzulegen, die sie in den letzten Jahren der DDR teilweise eher versteckt verfolgen konnten. Andere Einrichtungen passten sich aus ökonomischen Gründen an neue, stärker funktionalistische Erwartungen an.

Kontinuität trotz Wandel oder Kontinuität im Wandel?

Die historische Skizze zur Erwachsenenbildung zeigt, dass bestimmte Zielsetzungen und Grundsätze der Erwachsenenbildung teilweise über Jahrzehnte und sogar über länger als ein Jahrhundert Bestand hatten und ihr Selbstverständnis prägten – auch wenn politische Ereignisse Entwicklungen unterbrachen

oder manchmal für immer beendeten. So lassen sich einerseits Kontinuitäten in Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung nachweisen, die als Beharrungsvermögen in eigener Sache interpretiert werden können. Andererseits hat es aber immer auch Wandel gegeben – aufgrund politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen, denen die Erwachsenenbildung teilweise ausgeliefert war (v.a. bestimmten politischen Entwicklungen konnte sie nichts entgegensetzen), an die sie sich teilweise aber auch bereitwillig anpasste.

Trotz dieser Entwicklungen lassen sich bezogen auf die Praxis Kontinuitäten feststellen: Die Erwachsenenbildung zeichnet weiterhin strukturelle und institutionelle Vielfalt aus. Relativ unabhängig von den vorherrschenden politischen Regimen konnten sich, entsprechend den Interessen und Intentionen ihrer Protagonisten (und wenigen Protagonistinnen), pluralistische Strukturen entwickeln, die von informellen Zusammenschlüssen Gleichgesinnter in Vereinen und Gesellschaften bis hin zu trägergebundenen Institutionen reichen. Nicht alle Einrichtungen und Organisationen waren stabil. Neugründungen und Schließungen besonders in Umbruchzeiten waren an der Tagesordnung.

Bezogen auf die theoretische Verortung ist bis heute in Teilen der Erwachsenenbildung der Bezug auf Ideale der Aufklärung nachweisbar. Grundlage ist die Entfaltung des Subjekts durch Bildung. Menschen sollen durch Bildungs- und Lernprozesse zu Mündigkeit, Urteilsfähigkeit, Kritikfähigkeit und Emanzipation gelangen und damit befähigt werden, selbstbestimmt zu leben und eine demokratische Gesellschaft als humane, solidarische Gesellschaft mit zu gestalten. Als Gegenreaktion gab es Perioden, in denen die Schulung Erwachsener in bestimmte politische Richtungen Vorrang erhielt, Indoktrination und ideologische Gleichschaltung waren die Zielsetzungen.

Betrachtet man die Entwicklung der Erwachsenenbildung aus historischer Perspektive, wird deutlich, dass grundlegende Ideen verschiedener Richtungen überdauerten, nach Unterbre-

chungen wieder aufgegriffen wurden und das Spannungsverhältnis zwischen zweckfreier und zweckgebundener Bildung bis heute nicht aufgebrochen wurde. Trotz des gesellschaftlichen Wandels – und ohne sich Veränderungen völlig zu verschließen – bleibt der Erwachsenenbildung ein Kern des fachlichen Selbstverständnisses kontinuierlich erhalten: die Orientierung an der Bildung des Menschen im Sinne der Aufklärung. Die Geschichte der Erwachsenenbildung ist somit gekennzeichnet durch Kontinuität im Wandel.



Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1960). *Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung* (12. Januar 1960). Stuttgart: Klett.

Deutscher Bildungsrat (1970). *Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen* (14. Februar 1970). Stuttgart: Klett.

Filla, W. (2013). Geschichte der Erwachsenenbildung – ein Überblick. *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. Fachgebiet: Erwachsenenbildung, hrsg. von C. Zeuner. doi:10.3262/EE016130308.

Haring, S. A. (2016). Der Neue Mensch im Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66 (37–38), 10–15.

Nuissl, E., Siebert, H., Weinberg, J. & Tietgens, H. (Hrsg.) (1992). *Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Report 29*.

Olbrich, J. (2001). *Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland*. Bonn: bpb.

Opelt, K. (2009). Erwachsenenbildung in der SBZ/DDR. *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. Fachgebiet: Erwachsenenbildung, hrsg. von C. Zeuner. doi:10.3262/EE016090004.

Schmidt, K. (2012). Erwachsenenbildung im Nationalsozialismus. *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. Fachgebiet: Erwachsenenbildung, hrsg. von C. Zeuner. doi:10.3262/EE016120271.

Wolgast, G. (1996). *Zeittafel zur Geschichte der Erwachsenenbildung*. Neuwied: Luchterhand.

Zeuner, C. (2015a). Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1970. *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. Fachgebiet: Erwachsenenbildung, hrsg. von C. Zeuner. doi:10.3262/EE016150348.

Zeuner, C. (2015b). Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1990. *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. Fachgebiet: Erwachsenenbildung, hrsg. von C. Zeuner. doi:10.3262/EE016150349.



DR. CHRISTINE ZEUNER

ist Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

zeuner@hsu-hh.de